

die Interessen des Friedens und die Interessen des Volkes fordern ihre Zusammenarbeit. Wir wollen uns dieser Pflicht nicht entziehen.

Die westdeutsche Bundesrepublik ist nicht in der Lage, die DDR zu erobern, mag der Wolfsappetit der Herren der westdeutschen Monopole,, der Revanchepolitiker und Militaristen auch noch so groß sein. Und die Deutsche Demokratische Republik hat sich nie das Ziel gestellt, die Bundesrepublik Deutschland anzugliedern. Da die SED keinen Utopien nachzujagen pflegt und das Kräfteverhältnis nüchtern einschätzt, hat sie sich auch nie ein solches Ziel gestellt.

Bei dieser Sachlage verbleibt für eine Lösung der deutschen Frage einzig und allein die Annäherung, Zusammenarbeit und *Versöhnung zwischen SED und SPD und auf ihrer Grundlage der Verständigungsfrieden zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der westdeutschen Bundesrepublik.*

Bei der bereits erheblich fortgeschrittenen Auseinanderentwicklung der beiden deutschen Staaten versteht es sich von selbst, daß für einen solchen Verständigungsfrieden langwierige und sicherlich auch schwierige Verhandlungen zwischen den beiden Regierungen notwendig sind.

Die gegenwärtige Haltung der Bonner Regierung, ihre Alleinvertragsanmaßung vertieft die Spaltung Deutschlands und macht sogar eine Politik der kleinen Schritte unmöglich.

Im Verlaufe unseres Dialogs sind von beiden Seiten Probleme aufgeworfen worden, die letztlich auf die eine Frage hinauslaufen: *Wie kann in Deutschland mit einer Annäherung und Verständigung begonnen werden?*

Wenn wir den Parteivorstand der SPD recht verstehen, so sagt er, es gäbe weder Gemeinsamkeiten zwischen SED und SPD noch eine Annäherung und Verständigung zwischen beiden deutschen Staaten. Daher solle man die Finger von den prinzipiellen Dingen lassen, die ohnehin nicht lösbar seien, und dafür Lösungen in Fragen eines kleinen Grenzverkehrs, des Reiseverkehrs und auf dem Gebiete menschlicher Erleichterungen suchen. Aber auch die allerkleinsten Dinge im zwischenstaatlichen Leben bedürfen doch gültiger vertraglicher Regelungen. Und zu gültigen Verträgen kommt man nun einmal nur im Ergebnis offizieller Verhandlungen gleichberechtigter Partner, die aber von westdeutscher Seite abgelehnt werden. *Wann wird endlich die SPD den Mut finden, diesen selbst gezogenen Teufelskreis zu durchbrechen?*